Nummer 271

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Sonnabend, 14. Juni 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten sowie Aktuelle Fragen aus dem Wirtschaftsrecht. Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung

Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: i. V. Wilhelm Steneberg, Polit. Teil: Dr. Richard Jäger, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Herbert Kantner, Inseratenteil: i. V.: A. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.). Die Zeitung erscheint i. d. Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 franz. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire. Rumänien 1200 rumänische Lei. Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Kabinett hinter Moldenhauer.

Langatmige Programmerklärung und Verteidigungsversuche. — Festhalten am Notopfer

Ausgabensenkungsgesetz verabschiedet.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wird amtlicherseits folgender Bericht ausgegeben:

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichskanzler Dr. Brüning dem anwesenden Reichsbankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß der auf Grund des Haager Abkommens getätigten Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte **Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einmütig zustimmte.** Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Oeffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen. Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in erheblichem Umfange gemildert werden kann. Zu diesem Zwecke ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsregierung und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Osthilfe dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Voraussetzung für die Möglichkeit der Aufbringung der nötigen Kredite ist die unverzügliche Herstellung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt. Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen.

Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitserklärung für die Gruppe Nord-West der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden.

In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Mitzuständigkeit zwischen den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Ersparnis getroffen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen diese einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen in einen größeren umfassenden Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Reichskabinett kam in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß

nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Ersparnis und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres von der Besetzung freiwerdender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf zwanzig Prozent der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten.

Diese vorgesehenen umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung entschlossenes sofortiges Handeln erfordert.

Deshalb hält die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde.

Dieser Entwurf bezweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastungen, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten. Das Reichskabinett ist sich schlüssig geworden, dem Reichstage Abstriche am Reichsetat im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalkosten, vorbeigegangen wird. Für diese Ersparnisse ist

zur Zeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Festbesoldeten. Auch die in gesicherter Lebensstellung Befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden.

Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer, haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und wirken dem Gedanken des Preisabbaus und der Minderung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung sieht in dem ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Ueberzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Sozialdemokratie will Deckungsprogramm ablehnen.

Erklärungen Severings.

TU **Eutin**, 13. Juni.

Der ehemalige Reichsinnenminister **Severing** hielt hier in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der Politik des Kabinetts Brüning befaßte. Severing schloß mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie dem Moldenhauerschen Steuerprogramm ihre Zustimmung nicht geben werde; sie wolle sich auf Neuwahlen einrichten.

Etatsorgen.

Von

Karl Hepp, M. d. R.,

Präsident des Reichslandbundes.

Angesichts des gestrigen Kabinettsbeschlusses verdienen die nachfolgenden Ausführungen des Reichslandbundführers besondere Beachtung.

Die Redaktion.

Vor einem halben Jahre stellte der damalige Reichsfinanzminister Hilferding der Wirtschaft Steuersenkungen im Ausmaße von 700 Millionen Mark in Aussicht. Mit dem Zusammenbruch dieses trügerischen Scheingebildes stellte sich kurz darauf statt der Steuersenkung eine Steuererhöhung um 700 Millionen Mark als notwendig heraus. Die Steuererhöhung wurde im April dieses Jahres beschlossen. Eine Sanierung der Reichsfinanzen ist aber dadurch auch nicht erfolgt. Der Reichsfinanzminister berechnet nunmehr ein neues Defizit, welches amtlicherseits mit über 700 Millionen veranschlagt wurde. Ob diese Zahl ausreicht, ist zum mindesten zweifelhaft, die Ueberschreitung derselben leider wahrscheinlicher. Das neue Defizit entsteht einmal aus dem Zurückgehen der Steuereingänge, dann aber vor allem aus erhöhten Aufwendungen für die Arbeitslosen, also aus dem Rückgang der produktiven Tätigkeit. Das Problem, das jetzt zu lösen ist, geht weit über den Rahmen der eigentlichen Finanzpolitik hinaus. Die Ursache der dauernden Kalamität der öffentlichen Finanzen liegt tiefer, nämlich zunächst bei der Kardinalfrage unserer gesamten Wirtschaftspolitik, d. h. der Zoll- und Handelspolitik, von der aus die Weichen der heimischen Wirtschaft gestellt werden. Hier ringen beständig zwei Auffassungen miteinander. Die bisher herrschende verlangt Abbau des Zollschutzes und hat sich insbesondere schon seit Jahrzehnten gegen den Landwirtschaftlichen Zollschutz gewandt. Sie benutzt (richtiger gesagt mißbraucht) das Reparationsproblem, um die Notwendigkeit einer Forcierung des Exportes zu betonen, wozu nach ihrer Auffassung niedrige Lebenshaltungskosten und zur Erreichung derselben möglichste Zollfreiheit für agrarische Produkte notwendig sein sollten. Die andere Richtung, die von fast allen, mit dem heimischen Boden verbundenen Wirtschaftszweigen, insbesondere also der Landwirtschaft, vertreten wird, will vor allem durch Abdrosselung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren die heimische Produktion schützen und stärken, damit den Binnenmarkt ausbauen und auf diesem Wege zu einer organischen Preissenkung (und damit auch Exportförderung) kommen; ein Verfahren, bei dem die Handelsbilanz auf der Soll- und Habenseite gleichzeitig verbessert wird. Die Tatsache, daß der Exportfanatismus der ersteren Richtung, zumal in Verbindung mit einer unparitätischen Zollbehandlung von Industrie und Landwirtschaft, die Ueberhand gehabt hat, führte zu einer Zerstörung des Binnenmarktes, ausgehend von der Landwirtschaft und von dieser aus übergreifend zu einer Krisis der gesamten Wirtschaft. Das ist der tiefste Grund der verminderten Steuereingänge und der steigenden Belastung des Sozialetats infolge Wachsens der Arbeitslosigkeit.

Eine Reichsfinanzpolitik, die nicht nur an Symptomen herumkurieren, sondern die die Grundlage für die Sanierung der öffentlichen Finanzen schaffen will, muß daher von der Sanierung der privaten Wirtschaft durch steuerliche Entlastung und eine Zoll- und Handelspolitik, die in erster Linie auf die Stärkung des Binnenmarktes gerichtet ist, ausgehen. Hier zeigt sich eben die Abhängigkeit des Wohlergehens des Staates vom Wohlergehen der Einzelwirtschaft.

Die Vorschläge des Reichskabinetts zur Abstellung der Etatsnot sind nunmehr der Oeffentlichkeit übergeben. Zunächst sollen die Mehrkosten der Arbeitslosenversicherung durch eine Beitragserhöhung um 1 Prozent ausgeglichen werden, wobei gleichzeitig durch eine Reform der Krankenversicherung ein Ausgleich für die private Wirtschaft erstrebt werden soll. Sofern diese beiden Maßnahmen wirklich gleichzeitig erfolgen und die Einsparungen bei der Krankenversicherung den Mehraufwendungen bei der Arbeitslosenversicherung mindestens entsprechen, wird man sich mit dieser Maßnahme im Augenblick abfinden können, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Beitragserhöhung nur die Zeit überbrücken soll, die zu einer Reform auch

Sir Henry Segrave †.

Bei dem Versuch, einen neuen Geschwindigkeits-Weltrekord für Motorboote aufzustellen, ist der berühmte Automobilrennfahrer Major Segrave, Inhaber des Geschwindigkeits-Weltrekordes für Automobile, tödlich verunglückt. Näheres siehe im Innern des Blattes.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

Vorläufiger Abschluß. — „Im Geiste des Rapallovertrages." Restliche Streitfragen vor der Schlichtungskommission.

WTB **Berlin**, 13. Juni.

Von zuständiger amtlicher Stelle wird mitgeteilt:

Im Verkehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion sind im Laufe der Zeit verschiedene Fragen aufgetaucht, die im Interesse der Weiterführung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen der Bereinigung bedürfen. Die beiden Regierungen haben daher die Gesamtheit dieser Fragen zum Gegenstand zusammenfassender diplomatischer Besprechungen gemacht, die in den letzten Wochen in Berlin und Moskau stattgefunden haben und jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Ein Teil der beiderseitigen Einzelbeschwerden ist in den Unterhaltungen bereits befriedigend geklärt worden. Die übrigen sollen der dafür in dem Abkommen vom 25. Januar 1929 vorgesehenen Schlichtungskommission unterbreitet werden, die einmal jährlich um die Mitte des Jahres sich versammeln soll und die in diesem Jahre am 16. Juni in Moskau zu ihrer ordentlichen Tagung zusammentreten wird.

Bei der Behandlung der vorliegenden Einzelfragen gehen beide Regierungen übereinstimmend von dem Wunsche aus, die entstandenen Schwierigkeiten im Geiste des Rapallovertrages und der anderen zwischen ihnen bestehenden Verträge zu überwinden und damit auch bei fortschreitender internationaler Entwicklung die Politik fortzusetzen, die sie auf Grund dieser Verträge nun schon lange Jahre hindurch verfolgt haben. In offener Aussprache sind sie sich von neuem darüber klar geworden, daß die grundsätzliche Verschiedenheit der beiden Staatssysteme kein Hindernis für die gedeihliche Weiterentwicklung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu sein braucht. Dabei gehen beide Regierungen davon aus, daß

alle Versuche einer aktiven Beeinflussung der inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterbleiben haben.

Beide Regierungen sind entschlossen, auf dieser Grundlage die gegenseitigen Beziehungen zu pflegen und an die sich ihnen künftig noch stellenden Aufgaben heranzutreten, mögen diese Aufgaben das unmittelbare Verhältnis zwischen den beiden Ländern oder andere ihre Interessen berührende Fragen betreffen. Sie sind überzeugt, daß sie auf diese Weise sowohl dem Vorteil ihrer Länder als auch der Sicherung des Weltfriedens dienen werden.

Um Preis- und Lohnabbau.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie übermittelt uns folgende Mitteilung über die Besprechungen zum Preis- und Lohnabbau:

„Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, haben in den Besprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krisis der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstkostengestaltung der Wirtschaft, der Preisbildung, der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, und damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschiedenheit der Standpunkte sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen, zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Besprechungen werden fortgesetzt."

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, hat man sich in der Freitagsitzung der Spitzenorganisationen auf die gemeinsame Formulierung der obigen Pressererklärung geeinigt, die erkennen lasse, daß in einer Reihe von Fragen tatsächlich eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen erfolgen konnte, in der Beurteilung anderer Fragen aber nach wie vor sachliche Gegensätze fortbestehen. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" weiter erfährt, soll die Fühlungnahme zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmer fortbestehen, weil man sich offenbar beiderseits von der Nützlichkeit und wohl auch von der Notwendigkeit einer besseren gegenseitigen Verbindung überzeugt haben dürfte ... Sicherlich werde es auch für die künftigen Besprechungen außerordentlich schwierig sein, etwa in der Beurteilung der Lohnpolitik zu einer Verständigung miteinander zu kommen, wenn auch wohl beide Seiten davon überzeugt sein dürften, daß grundsätzlich das Problem der Preissenkung nicht ohne Berücksichtigung der Gestehungskosten behandelt werden kann. In anderen Fragen dürfte, wie verlautet, die beiderseitige Annäherung leichter gelingen, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Verhandlungen der nächsten Zeit darüber zu ganz konkreten Ergebnissen führen werden. Das gilt im besonderen für die Fragen der allgemeinen Finanzpolitik und ebenso für die Aufgaben der Sozialversicherung.